

„Bei Energieversorgung sind dezentrale Lösungen gefragt“

SPD-Fraktionschef Schmiedel besucht Wahlkreis Bretten

Weingarten (kdm). Offensiv wollte die Landesregierung das Thema Windenergie angehen. „Passiert ist in dieser Hinsicht nicht viel“, kommentiert der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel, die „bisherigen Bemühungen aus Stuttgart“. 2009 sollte es losgehen, sollte der Strom aus Windkraft in Baden-Württemberg verdoppelt werden – von bislang einem Prozent auf zwei Prozent. Statt dessen, so der SPD-Mann im Gespräch mit den BNN weiter, rückte – deutschlandweit gesehen – Baden-Württemberg vom vorletzten auf den nun letzten Platz bei der Nutzung von Windkraftanlagen.

Gestern besuchte der Fraktionsvorsitzende auf Einladung seines Landtagskollegen, Wolfgang Wehowsky, den Wahlkreis Bretten. Auf dem Programm stand unter anderem im Weingartener SPD-Wahlkreis- und Bürgerbüro ein „Rundes-Tisch-Gespräch“ mit örtlichen und regionalen Energieunternehmen.

Kritisch äußerte sich Schmiedel gegenüber der (zentralen) Energiepolitik der EnBW. „Was wir künftig brauchen, sind dezentrale Lösungen. Und genau die versucht die EnBW auszubremsen.“ Die EnBW und die Koalition hielten beharrlich an ihrer Argumentation fest, mit Sonne und Wind allein ließe sich keine Industrie betreiben. Für Schmiedel ist in der Hinsicht viel mehr möglich als derzeit getan

wird. Die Vorgabe 20 Prozent Energiegewinnung durch regenerative Energien bis 2020, die sich die Landesregierung aufs Banner geschrieben hat, bewertet der SPD-Politiker lediglich als eine „symbolische Restgröße“. Unter Ausnutzung aller Möglichkeiten ließe sich bis 2020 35 bis 40 Prozent des Stroms aus regenerativer Energie gewinnen. Das wolle aber weder die Landesregierung noch die EnBW.

Und welche Rolle spielt dabei der Wind? Der bläst nämlich momentan recht kräftig aus Stuttgart in Richtung Regionalverbände. Die sollen in ihrem jeweiligen Bereich die „Windkarten“ erneuern. Den „Ärger“ der Regionalverbände über Stuttgart verstehe er, meint Schmiedel. Das derzeitige Landesplanungsgesetz, geändert unter Erwin Teufel, lässt seiner Auffassung nach den Regionalverbänden im Grunde keinen Spielraum. Die könnten eigentlich nur – wie bisher auch – geringe Vorrangflächen für Windenergie und im Gegenzug viele Ausschlussflächen ausweisen.

Mit Blick auf den Technologiestandort Baden-Württemberg gelte es aber nicht nur beim Thema Windkraft möglichst viele Interessen zu bündeln; gefragt seien Handwerker, Stadtwerke oder genauso Unternehmen. „Wir haben hier in Baden-Württemberg die besten Voraussetzungen für eine hohe Wertschöpfung. Nur müssen wir sie auch nutzen.“



WAHLKREISBESUCH: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel (Mitte) im Gespräch mit MdL Wolfgang Wehowsky (links) und dem SPD-Kreisvorsitzenden René Repasi. Foto: Müller